

Neue Zeitungs-Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 92/143

Bezugspreis: monatlich 3.00 Goldmark — Zahlungen nehmen alleorts: Postämtern, Buchhandlungen und Verlagsstellen entgegen. — Einzelhefte 10 Pfennig. — Abgabe Einzelhefte 10 Pfennig. — Abgabe Einzelhefte 10 Pfennig.	Halle-Saale	Anzeigenpreis: Die 8 Spaltenzeile 34 mm breit mit 60 Zeilen: 10 Pfennig. Kleinanzeigen: 6 Pfennig. Familien-Anzeigen: 4 Pfennig. Stellenanzeigen: 3 Pfennig. Die ersten 40 mm breit. Groß-Anzeigen: 40 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erklärungen: Halle-Saale.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Revision 5569 und 5910. — Postfachnummer Leipzig 20, 5812.	Donnerstag, 19. Juni 1924	Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Ziti Kurfürststr. 8290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Ernst von Otto Hehle, Halle-Saale.

Reichstagstagung und Sachverständigenbericht

Keine Verschiebung des Reichstagsbeginns Das Arbeitspensum des Reichstags

Berlin, 18. Juni.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die Reichsregierung hat den Wunsch geäußert, daß der Reichstag nicht, wie vorgesehen, am 24. Juni, sondern erst fünf Tage später seine Beratungen beginnen soll. Der Reichstag dürfte jedoch für den alten Termin eintriften. Welche Gründe die Reichsregierung demgegenüber hat, ist nicht ganz ersichtlich, da auch ohne die fraglichen Gesetze zur Durchführung des Expertenberichts dem Reichstage überaus wichtige Vorlagen zur Beratung ausgingen sind. Insbesondere sind eine Reihe von Handelsverträgen mit Italien und Estland und ein besonderer Staatsvertrag mit Polen zu berücksichtigen, und dann ist es endlich auch an der Zeit, an den Etat heranzugehen, während der Haushalt des Reichspräsidenten voranschrittlich die Gelegenheit zu einer großen politischen Aussprache bietet. Wenn der Reichstag in 8-10 tägiger Beratung die wichtigsten Vorlagen erledigt hat, sind auch die Deutschnationalen bereit, einer Pause zuzustimmen, die dann bis zum 15. Juli währere dürfte. Zu diesem Zeitpunkt dürften die einzelnen Fragen und Beratungen bezüglich der Durchführung des Sachverständigenberichts erledigt sein, doch ist im Plenum behandelt werden können. Es scheint, als ob in den Vorparlamenten der Sachverständigen, die in Paris und Berlin stattfanden, eine Reihe von Schwierigkeiten besteht, die nicht ohne weiteres beseitigt werden können. Dies gilt von der Frage der Induktionsfragen, bei denen in einigen Punkten keine Übereinstimmung erzielt werden ist. Auch über die Verteilung auf die einzelnen Industrien besteht noch keine Klarheit, wenn auch ein neues System eine leichtere Durchführung verspricht. Das System geht davon aus, daß die einzelnen Industriezweige nicht zusammenzufassen und die erforderlichen Beiträge in freier Vereinbarung aufbringen und dem Reich zur Verfügung stellen. Weiter sind die Vorparlamente über die Goldnotenzahl, über das neue Eisenbahnnetz und über die für die auswärtige Anleihe von den Experten verlangten Sicherheiten nicht abgeschlossen. Selbst wenn es gelingt, mit den auswärtigen Sachverständigen auf einer Übereinstimmung zu kommen, heißt doch der Reparatur-

kommission die letzte Entscheidung zu, die immer noch weitgehende Fortschritte zu erwarten sind, ohne Rücksicht darauf, ob das heutige Parlament geneigt ist, ein solches verändertes Gutachten mit einer erforderlichen Mehrheit anzunehmen. Da die Beratungen des Reichstages über die Durchführung des Gutachtens auf alle Fälle einen großen Umfang annehmen werden, zumal vorbereitende Besprechungen nicht voranzugangen sind, erscheint es richtig, die Zeit noch zur Verfügung stellende Zeit auszunutzen, um andere Vorlagen zu erledigen. Das Reichs-kabinett, das heute nachmittag das Mea inenbefehlungs-gesetz beraten wollte, hat diese Besprechung wieder verschoben und wird sich Freitag damit befassen. Auch zu der Beamten-regelung dürfte noch im Reichstag zu sprechen sein.

Graf Westarp über die bevorstehende Koalition des Bürgerblocks

Berlin, 18. Juni.
(Eigener Drahtbericht.)
Graf Westarp sagte während einer Unterredung mit einem japanischen Pressekorrespondenten, daß eine Koalition des Bürgerblocks in absehbarer Zeit nicht nur möglich sondern eine zwingende Notwendigkeit sein werde. Die in der Zwischenzeit erhobenen Vorwürfe über eine Sünde vor der Verantwortung wies Graf Westarp zurück. Wie (Deutschnationale) drängen uns dazu, an der Verantwortung teilzunehmen und werden weiter tun, was in unserer Macht liegt, um an die Regierung zu kommen, weil wir überzeugt sind, daß hinter uns starke nationale Kräfte stehen und daß unsere Politik besser ist, als die bisher getriebene. Als Grund für den Eintritt der Deutschnationalen von der Regierungsbildung ist zusammenzufassen, daß es den anderen Parteien an dem guten Willen gefehlt hat; man verlangte unersättliche Fortsetzung der bisherigen Politik, statt einer Einigung über einen neuen Kurs zuzustimmen. Eine Ablehnung des Sachverständigenberichts sei von den Deutschnationalen nie verlangt worden. Jedoch sei eine Verständigung mit Frankreich nach einem jahrelangen Kampf in der auswärtigen Beziehung nicht möglich, solange französische Soldaten auf deutschem Boden stehen.

und ganz Frankreich legt sich von dieser Friedensliebe Rechenschaft ab. Gleichzeitig verliert der Ministerpräsident jedoch nicht die Interessen aus den Augen, mit denen er betraut ist. Er sieht darin die Grenze, die er nicht überschreiten will. Replen dieses können alle Franzosen seine Worte unter-schreiben. „Le Revenu“ billigt die Regierungserklärung. „Le Revenu“ macht dagegen hinsichtlich der Erklärung Gerriots beif. die Klammung des Ruhrgebietes gegen wirksame Garantien nachstehende Vorbehalte. „Die Journal ist los. Man hat das Gefühl, daß der Ministerpräsident nicht vollständig mit einer Vergangenheit leben will. Er hat sich noch die Erinnerung an die große nationale Politik des Herrn Poincaré obmalte. Manche sehen vielleicht auf dem Standpunkt, es wäre richtiger gewesen, die Grenze zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart deutlich zu ziehen.“ Das Blatt fügt hinzu: „Man wird hoffentlich, daß viele Zweifel die Unklarheit nicht nur in den Kreisen der französischen Demokratie, sondern auch in Europa als ein verheerendes Zugleichnis an die Methoden ausgelegt werden, die von der letzten Hauptabstimmung beurteilt worden sind. Als Ergänzung zu diesen Ausführungen mögen einige Sätze aus der „Revue“ hinzugefügt werden, in denen Gustav Geroy behauptet, die gefällige Regierungserklärung sei nur verkappter „Poincarismus“. In der Erklärung stehe, man werde die Ruhr räumen, doch nur, sobald die Deutschen sämtliche im Sachverständigenbericht vorgesehene Garantien erteilt haben werden. Weiterhin habe man eine Verklärung der Verantwortlichkeit in Aussicht unter der Bedingung jedoch, Frankreich nicht zu schwächen. Den Sowiejs falle man um den Hals. Es habe sich abermals nicht gelohnt, sagt Geroy hinzu, den nationalen Wut in den Staub zu jagen.“

Poincaré kehrt schon wieder
London, 18. Juni.
In der „New-York Evening Post“ berichtet Poincaré seinen Freunden im Auslande, seine Niederlage bedeute noch lange nicht, daß die Franzosen besänftigt, ihre Politik zu ändern, namentlich was Reparationen und Sicherheitsgarantien von Deutschland betreffen. Er legt voraus, daß nach dieser Richtung hin Frankreich bestimmt wieder zu seiner Politik gegenüber Deutschland zurückkehren würde.

Die Lage der Ruhrindustrie
Berlin, 18. Juni.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die Lage der Ruhrindustrie ist äußerst ernst, da durch den letzten Schiedsspruch in der Metallindustrie zahlreiche Industriezweige gezwungen sein werden, ihre Betriebe stillzuliegen. Auch der den Bergwerken bestehende die größten Schwierigkeiten, da die veränderten Mineralverträge die unterirdischen Werke weiter bestehen lassen. Die Streikfrage ist dringend geworden. Es muß auf eine oder andere Weise zu einer Lösung kommen, wenn nicht Betriebsstilllegungen und die damit verbundenen Arbeitslosigkeit auf den verheerendsten Gebieten erfolgen sollen. Es ist zu erwarten, daß in den nächsten Tagen von der Regierung Gelegenheit gegeben wird, mit industriellen Vertretern und Gewerkschaften und den Gewerkschaften Maßnahmen über ein Abwendung der Katastrophe zu beraten.

Brand einer Kaserne in Düsseldorf
Düsseldorf, 18. Juni.
In der von den Franzosen schon fast längst besetzten frühere Kavalleriekaserne an der Hofstraße brach gestern im obersten Stockwerk Feuer aus. Bei der Bekämpfung des Brandes fand man unter anderem eine große Menge verfaulte oder verfaulende Stoffe, die bei der Bekämpfung der Franzosen gefunden worden sind. Die Brandursache ist noch nicht festgestellt worden. Es herrscht eigentümlich, daß die Franzosen, nachdem sie bereits seit zwei Jahren in der Kaserne wohnen, die Waffen erst jetzt einbrachten haben.

Die Renten der Kriegssper
Berlin, 18. Juni.
Die der Reichsbank und der Kriegssperberechtigten Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen mittels, wird den Kriegssperberechtigten und Kriegshinterbliebenen statt der bisher zu zahlenden Rentenerhöhung von 24 Prozent, mit Wirkung vom 1. Juni eine solche von 40 Prozent gewährt. Da die 16prozentige Erhöhung bei der Auszahlung der Juni-Rente nicht berücksichtigt worden ist, wird Ende des Monats Juni die Juli-Rente unter Berücksichtigung einer Rentenerhöhung von 58 Prozent gewährt. Die Postanstellungen haben dem Kriegssperberechtigten entsprechende Anweisung erhalten. Die durch die Kriegssperberechtigten zahlbaren Aufwendungen sind für den Juni von unter Berücksichtigung einer Rentenerhöhung von 40 Prozent gewährt worden. Die für das besetzte Gebiet des Westens gewährten zeitlichen Sonderzuschläge sind ebenfalls einer Neuregelung unterworfen. Dabei wurde, der Prozentfuß aber nicht herauf, sondern herabgesetzt. Der Reichsbank weilt noch darauf hin, daß nach der durchschnittlichen Erhöhung der Rentenerhöhung nicht eine Rentenerhöhung von 16 Prozent, sondern eine solche von 40 Prozent hätte kommen müssen. Beim Reichstag sind Schritte zur Herbeiführung einer entsprechenden Regelung eingeleitet worden.

Das Echo des französischen Regierungsprogramms Englische Pressestimmen zu Herriots Programm

London, 18. Juni.
Zu Herriots gefälliger Erklärung in der Kammer führt die „Reckoner Gazette“ im Leitartikel aus, daß Gerriot hierdurch den Dames-Bericht ohne die Vorbehalte angenommen habe, die Poincaré Aufnahmeerklärung seinerzeit im Juni wie wertlos machten. Wenn Gerriot es für unmöglich hält, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die Forderungen des Sachverständigenberichts erfüllt und garantiert seien, so befindet er sich hierbei in völliger Übereinstimmung mit den Alliierten Frankreichs. Denn England, das für den Sachverständigenbericht eingetreten sei, habe auch immer auf die Alliierten hingewiesen. Findende Vereinbarungen für die Ausführung zu treffen. Ebenso könne man Gerriots Erklärung begrüßen, daß die Entmutterung Deutschlands von den Alliierten und sobald als möglich durch den Völkerverbund beauftragt werden müsse. Nichts könne näher liegen als die neue Verantwortungsbildung der Völkerverbund, die jetzt von französischen Spitzen komme. Das sollte der erste Schritt sein, Deutschland in den Völkerverbund zu bringen und so die wirtschaftliche Abrüstungsarbeiten zu ermöglichen, die überhaupt möglich sei. Erst an die zweite Stelle will „Westminster Gazette“ Gerriots Erklärung setzen, daß die normalen Beziehungen mit Ausland wieder aufgenommen werden müßten, vorausgesetzt, daß Völkerverbund die Verträge rezipiert. Aber auch hier befindet sich Gerriot in einer Linie mit der englischen Politik, denn ohne die Mitarbeit Frankreichs könnten die normalen Beziehungen in Europa nicht wiederhergestellt werden. In dieser Beziehung findet die „Reckoner Gazette“ die Erklärung Gerriots, daß Poincaré einsetzte. Somit, folgert das Blatt, sei in jeder Beziehung der Boden für die Zusammenkunft zwischen Macdonald und Gerriot vorbereitet. Die Hauptfrage aber die zukünftige Behandlung Deutschlands. Von diesem Standpunkt aus seien die Aussichten so hell, wie sie zur Zeit Poincarés schwarz gewesen seien. „Der Weg zur Verständigung ist frei und Frankreich braucht nicht zu befürchten, daß irgend jemand in England wünschenswert, weid gegen Deutschland zu sein, oder eine Stellung einnehmen, die jenseits des Rheins als Schwäche ausgelegt werden könnte.“ Doch diesen Hoffnungen heißt es weiter, daß England noch wie vor dürfte sei, Deutschland bis an die Grenze seiner Kraft beachten zu lassen, aber, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen müsse und zu ihrer raschen Erfüllung ermächtigt werde. Wenn man sich mit diesen Grundlinien nach Österreich

bezieht, so müßten die dortigen Besprechungen Erfolg haben. Sie hätten den Vorteil, ohne die alten Vorbehalte und den alten Argwohn zu beginnen. Diese Auslegung dürfte man Gerriots offener Erklärung geben.
Auf die Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, bevor der Dames-Bericht in Kraft treten kann, weist heute der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hin. Man könne zwar annehmen, daß alles glatt verlaufen werde, aber es gebe noch einen oder zwei delicate Punkte. So sei es nach den Informationen des Korrespondenten während der Beratung nicht die Ausarbeitung von Sanktionen für den Fall der deutschen Nichterfüllung verlangen werde und damit auf seiner eigenen Kontrolle bestehe, als der Dames-Bericht es vorsehe. Die Staatsräuber der französischen Rufen seien nicht für militärische Sanktionen und für territoriale Forderungen. Dagegen schreibe man Gerriot die Pflicht zu, von der britischen Regierung das Verprechen zu verlangen, Frankreich im Falle neuer deutscher Verletzungen zu der Entziehung der den Franzosen geschuldeten Summe zu verhelfen. Wenn dies so wäre, so würde hierdurch eine Art von Finanzgarantie an Stelle der militärischen Forderungen treten. Das sei eine neue schwierige Frage, die nur schwer von dem Kriegsopferproblem getrennt werden könne, das im Augenblick nicht angeschnitten werden sollte.

Die französische Presse zur Regierungserklärung
Paris, 18. Juni.
Mit der gestrigen Botschaft des Präsidenten erklären die meisten französischen Zeitungen die Bedingungen, unter denen der Wert der Regierungserklärung gegen die Hoffnungen liegen auseinander. Der allgemeine Eindruck ist der, daß die innerpolitischen Reformpläne Gerriots den uneingeschränkten Beifall der Wänter und inoffiziellen Widerspruch der Opposition begegnen, während hinsichtlich des außenpolitischen Programms der neuen Regierung kritische Stimmen über im Lager der Republikanischen Sozialisten laut werden. Der „Figaro“ gibt den Durchgang der Meinungen wieder. Das Blatt wendet sich gegen den Abruch der Beziehungen zum Vatikan und bescheidet ihn als einen unvorzähligen diplomatischen Fehler. Weiter beklagt der „Figaro“, daß die in Aussicht gestellte Annäherung an Gallien Anwendung finden werde. Dem schließt der „Lum“ an. Die Erklärungen Gerriots bet. die Klammung des Ruhrgebietes gegen die Vorbehalte, mit denen er die Anerkennung Sowjetrußlands umgeben, seien überaus weise. „Gerriot nimmt richtigermaßen den Sachverständigenbericht an. Er vertritt die Ansicht am besten

